

# SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS

ZENTRALESEKRETARIAT  
WIEN I, LÖWELSTRASSE 18  
TELEPHON 63 27 31 BIS 39  
FERNSCHREIBER 01-1783



Wien, den .....6. Juni 1959.....

Herrn  
Minister  
Dipl. Ing. Karl Waldbrunner

W i e n I.,  
Elisabethstrasse 9

*M. R. V. V. V.*

Lieber Freund!

In der Beilage übersende ich Dir den fertiggestellten Antwortentwurf an die ÖVP. Ich habe alle Abänderungen, auf die sich der Parteivorstand geeinigt hat, berücksichtigt und gleichzeitig einige stilistische Verbesserungen vorgenommen. Falls Bedenken gegen einige Formulierungen bestehen, bitte ich mein Büro im Kanzleramt bis spätestens Montag 9 Uhr vormittags zu verständigen.

Mit besten Grüßen

Dein

*T. T. T.*

Beilage

8. Juni 1959

An die  
Österreichische Volkspartei  
Bundesparteileitung  
-----

Sehr geehrte Herren!

Die Unterhändler der SPÖ haben am Beginn der Verhandlungen über die Regierungsbildung eine Erklärung übergeben, in der sie ihre Bereitschaft bekundet haben, neuerlich eine Regierung der Zusammenarbeit mit der ÖVP zu bilden, die auf den Grundsätzen des Rechtsstaates, dh. einer Verwaltung allein nach Recht und Gesetz, sowie des Gleichgewichtes in der Vollziehung des gemeinsamen Regierungsprogrammes beruht.

Dementsprechend haben die sozialistischen Unterhändler zu den bisher erörterten Verhandlungsgegenständen - Handel und Wiederaufbau, Unterricht, Land- und Forstwirtschaft wurden bisher nicht verhandelt - gefordert, daß vor allem die Zuständigkeit in der Haushaltsführung des Staates für beide Parteien gleich sein sollte. Dann kann die Verantwortung für die Einhaltung des vom Nationalrat genehmigten Budgets übernommen werden; allerdings unter der Voraussetzung, daß gemeinsam wirksame gesetzliche Maßnahmen durchgeführt werden, um die Inlandskaufkraft des Schillings gegen ungerechtfertigte und willkürliche Preiserhöhungen stabil zu erhalten.

Die sozialistischen Unterhändler haben weiter vorgeschlagen, in Zukunft jede Protektion bei Anstellungen im öffentlichen Dienst sowie bei Vergabe von öffentlichen Lieferungen auszuschalten. Die Stellen im öffentlichen Dienst sollten ausgeschrieben und nur auf Grund der objektiv nachgewiesenen Fähigkeiten und Leistungen vergeben werden. Nach dem gleichen Grundsatz sollte auch bei Beförderungen vorgegangen werden. Bis zur Beschlußfassung geeigneter Gesetze sollte

die dem Bundeskanzleramt unterstehende Personalpolitik gemeinsam durchgeführt werden, um eine Benachteiligung von Staatsbürgern gegenüber Günstlingen einer Partei so gut als möglich auszuschliessen.

Von sozialistischer Seite wurde weiter verlangt, dass der Nachlass oder die Stundung von Steuern nicht mehr vom Finanzminister allein genehmigt werden soll.

Die sozialistischen Unterhändler haben ferner eine Reihe von Vorschlägen auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und zur Verhinderung der Baugrundspekulation gemacht, um eine Erhöhung des derzeitigen Bauvolumens auf 50.000 Volkswohnungen jährlich zu sichern. Sie verlangten weiter von der ÖVP die Zustimmung zu einer wirksamen Bekämpfung des Ablöseswuchers für Wohnungen und zu einer Wohnungsvergebung nach dem Bedarf der Wohnungssuchenden.

Die sozialistischen Unterhändler haben vorgeschlagen, daß neben den bereits gemeinsam verwalteten Betrieben des 1. Verstaatlichungsgesetzes auch jene, dem Staat gehörenden Unternehmungen, die bisher lediglich auf Grund des Koalitionspaktes gemeinsam verwaltet wurden, nunmehr allenfalls in einer 2. Holding-Gesellschaft auf Grund eines Gesetzes gemeinsam verwaltet werden sollten, das sind die verstaatlichten Banken und die als deutsches Eigentum dem Staat übergebenen Betriebe. In die gleiche Holding-Gesellschaft sollte zusätzlich auch die "Austria Tabak AG" einbezogen werden. Dadurch sollte jede einseitige Führung durch Minister einer Partei in Zukunft ausgeschaltet werden. Diesen <sup>ihnen</sup> Betrieben sollten gemeinsam mit anderen im öffentlichen Eigentum stehenden Unternehmungen das Recht auf eine eigene Interessenvertretung eingeräumt werden.

Die Sozialisten haben vorgeschlagen, daß für eine schrittweise Rentenverbesserung sowie für einen staatlichen Zuschuß zum Volksgesundheitsdienst Budgetmittel vorzusehen sind. Dazu wurde eine den Grundsätzen der neuingeführten Selbständigen-versicherung entsprechende Reorganisation der Verwaltung verlangt.

Die Sozialisten haben ferner verlangt, daß noch im Jahre 1959 eine Kürzung des Budgets des Landesverteidigungsministeriums um 200 Mio Schilling vorzunehmen ist. Daraus sollte der beschleunigte Neu- und Umbau von Schulen finanziert werden.

Die Sozialisten haben die Versorgung von Kriegs- und Nachkriegsgeschädigten mit Wohnungen und Geschäftslokalen aus den Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds gefordert; ferner eine Erfüllung von gerechtfertigten Forderungen der politisch Verfolgten aller Art.

Die Sozialisten haben ferner eine der Verfassung und der Gleichberechtigung der Staatsbürger entsprechende Führung des Landesverteidigungsministeriums verlangt.

Die Erklärung der ÖVP zu den sozialpolitischen Forderungen der Sozialisten läßt bedauerlicherweise jede Präzisierung vermissen, so daß eine Zustimmung zu den sozialistischen Vorschlägen daraus nicht entnommen werden kann.

Lediglich bezüglich der von den Sozialisten erhobenen Forderung des 14. Monatsgehaltes der öffentlichen Angestellten hat sich die ÖVP im Gegensatz zu ihrer ersten Stellungnahme jetzt auch für eine Berücksichtigung dieses Wunsches schon im Budget des Jahres 1959 ausgesprochen.

Die Sozialisten haben bei den Verhandlungen immer wieder erklärt, daß sie für eine fruchtbare und harmonische Zusammenarbeit sind, die die verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments respektiert.

Die Bindung der Regierungsparteien an ein gemeinsames Programm kann jedoch nicht auf einzelne Punkte beschränkt bleiben. Daher muß eine Vereinbarung zwischen den Regierungsparteien, die parlamentarische Abstimmung freizugeben oder vom Klubzwang zu entbinden grundsätzlich für alle Gegenstände möglich sein.

Die Sozialistische Partei bedauert, daß die ihr übergebene Stellungnahme der Österreichischen Volkspartei vom 4. Juni 1959 auf keinen sozialistischen Vorschlag eingegangen ist.

Die Sozialisten sind nach wie vor bereit, für eine Regierung der Zusammenarbeit die volle Mitverantwortung zu übernehmen, wenn das Gleichgewicht der beiden Parteien im Regierungsprogramm und in der Vollziehung des Programms berücksichtigt ist.

Der übermittelte Vorschlag der ÖVP, der außer in der Zustimmung zu Verhandlungen über den 14. Monatsgehalt der öffentlichen Angestellten für das Budget 1959 keinerlei Rücksicht auf die von den Sozialisten auf Grund des Wahlausganges gestellten Forderungen nimmt

kann von der SPÖ nicht als geeignete Grundlage für eine gedeihliche Zusammenarbeit angesehen werden.